

Jahreswirtschaftsbericht Australien 2008

Botschaft Canberra, Verfasser LR Weinberg

Stand: 15.06.2009

I. Wirtschaftsstruktur und Wirtschaftslage

1. Kurzcharakterisierung der Wirtschaft des Gastlandes

Australien (AUS) ist eine weitgehend offene, liberale und unternehmensfreundliche Volkswirtschaft. So liegt AUS beim „Worldbank Business Rating 2008“ auf Platz 9 (Deutschland Platz 20) und bei der Einzelbewertung Einfachheit einer Unternehmensgründung sogar auf Platz 1. Mit seinen soliden Rahmenbedingungen ist AUS auch eine gute Expansionsplattform für die Region.

Die gesamtwirtschaftliche Lage ist trotz der weltweiten Wirtschafts- und Finanzkrise weiterhin gut. Das Wirtschaftswachstum liegt seit Jahren über dem OECD-Mittelwert und die mittelfristigen Aussichten bleiben trotz derzeitiger Abkühlung positiv. Gerade veröffentlichte volkswirtschaftliche Daten (ABS¹ vom 04. Juni 2009) geben ein BIP-Wachstum von 0,4% für das erste Quartal '09 an, nach einem Rückgang von -0,6% im Dezember-Quartal. Damit entgeht AUS zunächst zumindest definitionsgemäß einer technischen Rezession. Allerdings sagen Prognosen für das gesamte Haushaltsjahr 2009/10 einen leichten Rückgang des Wirtschaftswachstums von -0,5% voraus. Außerdem wird mit einem Anstieg der Arbeitslosenzahl gerechnet und es ist bereits ein starker Rückgang bei den Unternehmens-Investitionen zu verzeichnen. Auch der gerade eingebrachte Bundeshaushalt für das am 1. Juli beginnende Finanzjahr 2009/10 steht ganz im Zeichen der globalen Rezession und weist nach über 16 Jahren erstmals wieder ein Defizit von 57,6 Mrd. AUD auf (32 Mrd. Euro)². 2010/11 soll dann wieder ein Wachstum von 2,5% erreicht und danach Wachstumsraten von über 4% erzielt werden.

¹ Datenquellen: Australian Bureau of Statistics (ABS), destatis (de), Internationaler Währungsfonds (IWF), OECD Statistiken (OECD) und Economist Intelligence Unit (EIU)

² Zugrundeliegender Wechselkurs soweit nicht anders angegeben: Jahresdurchschnitt 2008 von 1 Euro = 1,8 AUD

Die Wirtschaftsaktivität in Australien ist überwiegend an den süd-östlichen Ballungszentren konzentriert. In New South Wales werden fast 32% und in Victoria ca. 24% des australischen BIP erzeugt, während auf Queensland 18,9% entfallen. Süd-Australien und Tasmanien haben nach in der Vergangenheit niedrigeren Wachstumsraten etwas aufgeholt und Westaustralien konnte noch weiterhin stark vom damaligen Rohstoffboom profitieren, ist aber sehr vom volatilen Bergbausektor abhängig.

Bruttosozialprodukt der Einzelstaaten (Gross State Product)	Haushaltsjahr 2007 / 08		
	Quelle: ABS		
Mio AUD	GSP	% Anteil	Veränderung gegenüber 2006 / 07
New South Wales	359 883	31,8	2,8
Victoria	267 966	23,7	3,2
Queensland	214 027	18,9	5,3
South Australia	73 262	6,5	3,8
Western Australia	156 752	13,8	5,2
Tasmania	21 300	1,9	3,4
Northern Territory	15 617	1,4	3,9
Australian Capital Territory	23 365	2,1	2,5
Australia (GDP)	1 132 172	100	3,7

Zu den Schwachpunkten der wirtschaftlichen Entwicklung zählen insbesondere die hohe (private) Auslandsverschuldung, der Investitionsrückstand bei Unternehmen und im öffentlichen Bereich (Infrastruktur, Gesundheit, Bildung) sowie weiterhin das zwar zuletzt gesunkene, aber immer noch große Leistungsbilanzdefizit. Grund zur Sorge, insbesondere im Hinblick auf einen zukünftigen Wirtschaftsaufschwung, bereitet auch der Fachkräftemangel in Verbindung mit einer Schwäche des verarbeitenden Gewerbes („manufacturing“).

2. Struktur der Wirtschaft

Australiens Wirtschaft wird weiterhin vom Dienstleistungssektor dominiert. Größte Einzelbereiche dieses Sektors waren auch 2008 wieder Immobilien und Unternehmensdienstleistungen, die Bauwirtschaft sowie Finanzdienstleistungen und Versicherungen. Demgegenüber entfielen auf die verarbeitende Industrie nur noch 10% BIP-Anteil und rund 3% auf die Landwirtschaft. Diese konnte zuletzt nach einer längeren Trockenperiode erhebliche Zuwächse erzielen. Obwohl der Landwirtschafts- und Bergbauanteil am BIP relativ gering ist (ca. 9%), ist der Anteil dieser beiden Sektoren an Australiens Exporten mit fast 75% erheblich (Rohstoffexporte). Der in den letzten Jahren am stärksten gewachsene Bereich des Dienstleistungssektors war die Bauwirtschaft, die trotz einigen Schwierigkeiten u.a. aufgrund des im Konjunkturpaket aufgestockten „first home owners grant“ größere Einbrüche vermeiden konnte. Die AUS Wirtschaftsstruktur spiegelt sich auch an der sektoralen Verteilung der größten Unternehmen wieder. Sie liegen mehrheitlich im Finanzsektor (Macquarie Investment Bank und die „großen Vier“: Westpac, ANZ, Commonwealth Bank, NAB), im Energie- und Bergbausektor (BHP Biliton, Rio Tinto, Fortescue, Woodside) sowie im Groß- und Einzelhandel (Westfarmerss, Westfield, Woolworths).

Entstehung des BIP nach Sektoren (Quelle: ABS)	2006/07	2007/08	% Änderung
Landwirtschaft, Forsten und Fischerei	22,6	24,0	6,2
Bergbau	69,9	70,5	0,9
Verarbeitende Industrie	101,1	104,7	3,6
Strom-, Gas- und Wasserversorgung	21,8	21,8	0,0
Bauwirtschaft	65,8	70,2	6,7
Großhandel	46,0	47,3	2,8
Einzelhandel	56,8	59,5	4,8
Hotels und Bewirtung	20,5	20,5	0,0
Transport und Lagerung	46,3	49,1	6,0
Kommunikationsdienstleistungen	25,8	27,7	7,4
Finanzdienstleistungen, Versicherungen	75,2	78,8	4,8
Gebäude- und Geschäftsdienste	115,9	122,4	5,6
Regierungsverwaltung und Verteidigung	39,8	39,8	0,0
Erziehung / Ausbildung	41,8	42,4	1,4
Gesundheit und Gemeindedienste	58,2	61,3	5,3
Kultur und Freizeit	15,0	15,5	3,3
Personal	18,5	20,2	9,2
Eigentumswohnungen	77,8	80,5	3,5
Steuern abzüglich Subventionen	81,7	83,3	2,0
BIP zu Marktpreisen	999,7	1.037,0	3,7

Die Zukunftsbranchen Informations- und Kommunikationstechnologie, E-Commerce sowie Bio-, Nano- und Medizintechnologie spielen eine zunehmend wichtige Rolle. Auch Forschung und Entwicklung (R&D) in diesem Bereich haben einen hohen Stellenwert und werden aus öffentlichen Mitteln gefördert. Trotz der hohen Versorgungsrate australischer Haushalte mit IT/PC-Technologie, die auch verstärkt in den Schulen gefördert wird, liegt AUS bei der Breitbandtechnologie im internationalen Vergleich noch zurück. Schwerpunkt einer Infrastrukturinvestitionsinitiative der Regierung ist deshalb neben dem Ausbau der Verkehrsinfrastruktur, deren Unzulänglichkeiten während der Boom-Phase auch zunehmend zu Restriktionen bei Exporten geführt hatte, der Aufbau eines nationalen Breitbandnetzes. Bei derartigen Infrastrukturprojekten kommt es allerdings wegen des Mangels an qualifizierten Firmen und Fachkräften immer wieder zu Verzögerungen und Engpässen. Dieses Phänomen zeigt sich in vielen Bereichen der Wirtschaft, insbesondere beim Handwerk und im Gesundheitswesen.

3. Wirtschaftsklima

Nach 16 Wachstumsjahren in Folge mit durchschnittlichen Wachstumsraten von 3,5% (2007: 3,9%) erlebt auch die australische Wirtschaft derzeit eine starke Abkühlung des Wirtschaftswachstums. Es beträgt nunmehr für das Gesamtjahr 2008 nur knappe 0,3%. AUS steht damit aber besser als die meisten Industrieländer da.

Sowohl die Regierung als auch die Zentralbank gehen inzwischen davon aus, dass sich AUS in einer milden Rezession befindet (wenn auch bisher noch nicht technisch gesehen). Aktuelle, im Zusammenhang mit dem neuen Budgetentwurf vorgetragene Schätzungen des Schatzamts revidieren die noch im Herbstgutachten angegebenen Wachstumswahlen für das Haushaltsjahr 2008/09 (Juni-Juni) auf unter 1,0% BIP-Wachstum und für 2009/10 auf -0,5%. Im HH 2010/11 soll dann wieder ein Wachstum von 2,5% erreicht und danach Wachstumsraten von über 4% erzielt werden. Die Arbeitslosigkeit ist auf derzeit 5,4% angestiegen und soll 2010 bis zu 8,5% erreichen. Die Inflationsrate ist trotz mehrerer Leitzinssenkungen leicht zurückgegangen, liegt mit 4,5% für 2008 aber immer noch deutlich über dem Zentralbank-Ziel von 2-3%. Sie soll bis 2010 bei 2% liegen.

Dennoch werden weitere Senkungen des Zentralbankleitzinses von derzeit 3,0% (letztmalig um nur 0,25% im April) auf bis zu 2,5% erwartet.

Insgesamt ist Australien von der Finanzkrise vor allem indirekt und im weltweiten Vergleich begrenzt betroffen (schwere Krisen in den Hauptexportländern wie JPN, CHN, USA und EU sowie Verfall der Rohstoffpreise) und durch seine langen Wachstumsphasen mit hohen Haushaltsüberschüssen vergleichsweise besser für die Abfederung der Wirtschaftskrise gerüstet. Die Wirtschaft ist im Allgemeinen gut aufgestellt. Die Banken sind weitgehend solide kapitalisiert und hatten nur wenig Ausfallrisiko vom amerikanischen Markt zu tragen. Die Gesamtwirtschaft profitierte zunächst noch von steigenden Terms of Trade und der trotz Preisrückgang noch soliden, anhaltenden Auslandsnachfrage auch nach Rohstoffen aus China und anderen ostasiatischen Staaten. Auch im weiteren Verlauf sind trotz einem Einbruch des Handelsvolumens die Exporte insgesamt weniger als die Importe zurückgegangen, was die letzten Monate zu einem Handelsbilanzüberschuss führte. Sorge bereiten indirekte Effekte wie längerfristiger Nachfragerückgang in den Hauptexportländern und Liquiditätsengpässe von AUS Banken wegen Refinanzierungsschwierigkeiten auf den internationalen Kreditmärkten, auf die die hiesigen Banken besonders angewiesen sind.

3.1 Beschäftigung

Der australische Arbeitsmarkt war insbesondere 2007 aufgrund des langjährigen Wirtschaftswachstums und einer deutlich gestiegenen Nachfrage nach Arbeitskräften ein Engpassfaktor für die Wirtschaft geworden. Die Arbeitslosenquote lag 2007 bei 4,0%, dem tiefsten Stand seit 33 Jahren. Nachdem sich der Arbeitsmarkt zunächst noch relativ robust zeigte, stieg die Arbeitslosenquote auf aktuell 5,4%. Führende Indikatoren (u.a. ANZ Job Index) deuten auf eine weitere Schwächung des Arbeitsmarkts hin und es wird eine Arbeitslosenquote von bis zu 8,5% in 2010 vorausgesagt. Ein zumindest temporärer Anstieg der Arbeitslosigkeit ist somit Hauptauswirkung der WFK auf AUS. Die Gesamtzahl der Beschäftigten liegt zwar derzeit bei 10,8 Mio. und damit etwa auf dem gleichen Niveau wie 2007, wobei allerdings ein Bevölkerungswachstum und die Umwandlung vieler Vollzeit- in Teilzeitjobs zu beachten ist. Die Beschäftigung ist damit nur um knapp 0,8% gewachsen, der niedrigsten Rate seit 2001. Der gleichzeitig starke Anstieg der Beschäftigungsquote („participation rate“) auf 65,5% führt so zu einem Anstieg der Arbeitslosenquote. Weiter zu beobachtende Faktoren sind der anhaltende Mangel an qualifizierten Arbeitskräften sowie die erneute, inzwischen dritte Reform (s.u. „Fair Work Australia“) der Arbeitsmarktreformen, die unter der alten Howard-Regierung eingeleitet wurden.

3.2 Inflationsrate

Ein Hauptproblem der letzten zwei Jahre war der durch ein anhaltend gutes Wirtschaftswachstum und Engpässen auf dem Arbeitsmarkt bedingte starke Inflationsdruck. Deshalb hatte die australische Zentralbank (RBA) den Leitzins auch mehrfach bis auf den Höchstwert von 7,25% angehoben. Dies war insbesondere im Hinblick auf die damit verbundene Erhöhung der Hypothekenzinsen problematisch, da viele Arbeitnehmerhaushalte aufgrund des allgemein gestiegenen Preisindex für die Lebenshaltung finanzielle Engpässe haben und überdies hoch verschuldet sind. Im Rahmen der Wirtschaftskrise ist es nun aber zu einem Rückgang der Inflationsrate gekommen, und zwar von 5% jährlich im September-Quartal auf 3,7% jährlich im Dezember-Quartal 2008. Die von der Zentralbank beobachte-

te gewichtete Inflationsrate („underlying inflation“) ist auf 4,5% gesunken. Damit ist sie zwar noch deutlich über dem von der RBA präferierten Band von 2-3%, es wird aber ein stetiger Rückgang auf 2% bis Mitte 2011 erwartet. Zudem hat die Zentralbank vor dem Hintergrund der WFK aus geldpolitischen Gründen die Zinsen innerhalb kurzer Zeit auf nunmehr 3% gesenkt.

4. Außenwirtschaft (Offenheit ggü. der Weltwirtschaft)

Die australische Leistungsbilanz weist nun schon traditionell ein Defizit auf. Allerdings ist dieses seit der zweiten Hälfte 2008 stark zurückgegangen. So fiel das Leistungsbilanzdefizit im Dezemberquartal 2008 um 32% auf 6,5 Mrd. AUD (3,6 Mrd. Euro), was rund 2,3% des BIP entspricht. Dies nach einem Rekorddefizit von 7,0 % des BIP noch im März 2008. Hauptfaktor war ein substantieller Anstieg des Handelsbilanzüberschusses auf 4,1 Mrd. AUD im Vergleich zum Septemberquartal mit 1,4 Mrd. AUD. Grund ist hauptsächlich ein stärkerer Anstieg der Exporte (+10%) im Vergleich zu den Importen (+5%) – ein Trend, der sich nun 2009 im Rahmen der Krise unter umgekehrten Vorzeichen wiederholt (Importe gehen stärker als die Exporte zurück). Während der Gesamtwarenxport Australiens 2008 um hohe 33% auf rund 124 Mrd. Euro anstieg, wuchsen die Importe um 20% auf 125,5 Mrd. Euro. Im Ergebnis führte dies 2008 zu einem Anstieg des Gesamthandelsvolumens um 26% auf 249,5 Mrd. Euro und das Handelsbilanzdefizit reduzierte sich in diesem Zeitraum um eindrucksvolle 86% auf nur noch 2,6 Mrd. AUD. Die wichtigsten Exportgüter sind weiterhin Kohle, Eisenerz, Gold, Erdöl/-Produkte, Aluminiumerze, landwirtschaftliche Produkte und alkoholische Getränke (Wein) sowie Kraftfahrzeuge. Bei Steinkohle ist Australien seit Mitte der 80er Jahre weltweit der größte Exporteur. Die wichtigsten Importprodukte sind Fertigwaren: PKW, Rohöl, Computer, Medikamente, Telekommunikationsgüter sowie Industriemaschinen und -teile.

Sorge bereitet dagegen Australiens explodierende Auslandsverschuldung, die eine strukturelle Schwäche offenbart. So stieg die Netto-Auslandsverschuldung 2008 weiter um 12,4% auf 376,7 Mrd. Euro oder 58,8% des BIP und die Brutto-Auslandsverschuldung durchbrach im März 2008 erstmals die psychologische Marke von 1 Bio. AUD (\approx 606 Mrd. Euro). Über 91% der Schulden entstammen dem privaten Sektor.

4.1 Währungssystem und Wechselkursentwicklung

Australien verfügt über einen hoch entwickelten Finanz- und Aktienmarkt, dessen Zentrum in Sydney ist. Der Australische Dollar ist frei konvertierbar und basiert auf einem flexiblen Wechselkurssystem. Nach einem volatilen ersten Halbjahr 2008 mit einem Tiefstand von 0,49 zum Euro, hat sich der AUD in der zweiten Jahreshälfte stabilisiert und erreichte einen durchschnittlichen Wert von 0,55 EUR oder umgerechnet 1 Euro = 1,80 AUD. An den internationalen Devisenmärkten setzte 2009 dann ein Aufwärtstrend ein mit aktuellen Wechselkursen von durchschnittlich 0,57 EUR bzw. 0,80 USD. Damit liegt der AUD aber immer noch unter den durchschnittlichen Wechselkursen von 2007.

4.2 Devisengesetzgebung

Kapitaleinfuhr und -ausfuhr sind grundsätzlich genehmigungsfrei, müssen ab bestimmten Summen aber zur Verhinderung von Geldwäsche deklariert werden. Außerdem wurden Dokumentationspflichten für kapitalintensive Unternehmen (Banken, Casinos) in einem neuen Geldwäscheverhinderungs-Gesetz verschärft. Nach dem „Foreign Acquisition and

Takeovers Act 1975“ müssen bestimmte ausländische Investitionen gebilligt werden. Der Schatzminister (Treasurer) behält sich das Recht vor, größere ausländische Investitionen, insbesondere Firmenübernahmen, zu untersagen, wenn diese nationale Interessen berühren. Dieses Thema ist aktuell vor dem Hintergrund der Finanzkrise und damit verbundenen erhöhten Aktivitäten ausländischer Staatsfonds und -firmen auf dem AUS Markt, insbesondere aus China, ein heiß diskutiertes Politikum geworden. Kapitalbedarf und freier Markt stehen hier perzipierten nationalen (Sicherheits-)Interessen gegenüber (insbesondere Sorge über Verlust der Kontrolle über die eigenen Ressourcen). Jüngstes und bestes Beispiel sind die Beteiligungsverhandlungen von Chinalco und Rio Tinto.

4.3 Bilaterale Wirtschaftsbeziehungen zu Deutschland

Die wirtschaftlichen Beziehungen sind intensiv und weitgehend problemlos, wenn auch weiterhin noch ausbaufähig. Dies gilt umso mehr nach dem Richtungswechsel in der Klimapolitik sowie dem neuen Schwerpunkt auf Infrastrukturinvestitionen, der damit weitere und neue Möglichkeiten für deutsche Firmen vor allem in den Bereichen erneuerbare Energien und umweltfreundliche Technologien eröffnet.

Deutschland bleibt nach Großbritannien weiter Schwerpunkt des australischen Außenhandels in Europa und lag 2008 auf Platz zehn der AUS-Handelsstatistik. Zu Jahresende verbesserte sich D sogar auf Rang 9 und überholte GBR als größter Exporteur aus der EU. 2008 betrug das bilaterale Handelsvolumen knapp 8,6 Milliarden Euro (1. China 30 Mrd., 2. Japan 28 Mrd. und 11. Indien 5,5 Mrd. Euro). Die Handelsbilanz mit Deutschland ist für Australien allerdings seit langer Zeit stark und weiter zunehmend defizitär, die deutschen Exporte übersteigen die deutschen Importe um ein Mehrfaches (Stellenwert DEU – Importe: Platz 5, Exporte: Platz 23). Dies ist strukturell bedingt und wird sich absehbar nicht ändern.

Bilateraler Handel (Quelle: destatis)	Deutschland		/		Australien	
	2006	2007	2008			
Mio. €	Einfuhr	Ausfuhr	Einfuhr	Ausfuhr	Einfuhr	Ausfuhr
Insgesamt	1634,23	5487,79	1718	5807	1959,1	6623,6

Deutsche Exporte nach AUS sind damit höher als in jedes andere ASEAN-Land und im Vergleich zur Bevölkerungszahl selbst mit IND, KOR, JPN und sogar CHN ansehnlich. Wesentliche Posten der deutschen Exporte sind Kraftfahrzeuge und -teile, chemische, pharmazeutische und elektrotechnische Erzeugnisse, Kunststoffe, Maschinen sowie Papier- und Papp-Erzeugnisse. Wichtigste australische Exportgüter waren Steinkohle, Erze, elektrotechnische Erzeugnisse, Wolle und Nahrungsmittel.

Über 300 Töchter deutscher Unternehmen mit insgesamt ca. 650 Betriebsstätten sind in Australien tätig, darunter die beiden größten australischen Baufirmen. Bilfinger-Berger ist über Baulderstone Hornibrook und Hochtief über seine Beteiligungen an Leighon Hodings Ltd. und Thiess Pty. Ltd. an mehreren wichtigen Infrastrukturprojekten in Australien beteiligt. Deutsche Firmen tragen direkt und indirekt zu ca. 90.000 Arbeitsplätzen in AUS bei. Letzte Zahlen im Bereich ausländische Direktinvestitionen (FDI's) zeigen für 2007 einen bilateralen Investitionsstand von AUS und D von jeweils 11,1 Mrd. AUD (6,15 Mrd. EUR) und 17,6 Mrd. AUD (9,8 Mrd. EUR). Damit war D fünftgrößte FDI-Quelle für AUS und D auf Platz 4 für AUS. Insbesondere das AUS Investitionsengagement ist im Zeitraum 2006-

07 stark angestiegen. Aktuell baut die AUS Öko-Verpackungsfirma Plantic eine neue Fabrikationsanlage in Thüringen (8,3 Mio. EUR) und die AUS Immobilienentwicklungsfirma Goodman Group ein Logistikzentrum in MV. Auch D Firmen investieren weiter in AUS, so kündigte gerade die Direct Invest AG aus Düsseldorf weitere Investments in CCS-Projekte in Höhe von 250 Mio. AUD an.

4.4 Wirtschaftsbeziehungen zur EU

Die EU bleibt auch 2008, allerdings nur knapp, Australiens wichtigster Handelspartner mit einem Handelsvolumen von knapp 39,5 Mrd. Euro (+17,8%) oder 15,8% des gesamten Handels (ASEAN: 39,3 Mrd., China: 37,8). Die Importe aus der EU nach Australien stiegen um 15,4% auf 26,4 Mrd. Euro (21,0 % der Gesamtimporte), während die Exporte in die EU um 23% auf 13,1 Mrd. Euro anstiegen (10,6% der Gesamtexporte). Die EU ist damit weiter Australiens drittwichtigster Absatzmarkt nach Japan und China und auf Platz 2 der AUS Importquellen nach ASEAN und noch vor China und den US. Insgesamt ist nach dem Regierungswechsel Ende 2007 tendenziell mit einer Zunahme des Handels mit der EU zu rechnen.

II. Wirtschaftspolitik

1. Allgemeine Wirtschaftspolitik

Die Wirtschaftspolitik der neuen Labor-Regierung ist weiterhin trotz des angestrebten Richtungswechsels in der Klimapolitik sowie erstmalig wieder einer Haushaltsverschuldung aufgrund von Konjunkturpaketen, wie im Wahlkampf versprochen, weitgehend konservativ und unternehmensfreundlich. Insbesondere mit Schatzkanzler Wayne Swan und verfolgt PM Rudd eine Gratwanderung in der Wirtschaftspolitik, die zwischen einer konservativen Fiskal- sowie wachstumsorientierten Wirtschaftspolitik und den Forderungen der traditionellen Wählerschichten sowie den Gewerkschaften verläuft.

2. Fiskalpolitik

Am 12. Mai 2009 hat Schatzkanzler Wayne Swan im Parlament den zweiten Haushalt der Labor-Regierung unter Premierminister Kevin Rudd für das neue Haushaltsjahr vorgestellt, das am 1. Juli 2009 beginnt und am 30. Juni 2010 endet.

Der Haushaltsentwurf, der im Zeichen der globalen Finanz- und Wirtschaftskrise steht, weist nach über 16 Jahren erwartungsgemäß erstmals wieder ein Defizit auf (57,6 Mrd. AUD; ca. 30 Mrd. Euro). Damit handelt es sich um das größte Haushaltsdefizit seit den 1930er Jahren. Dass Australien viele Jahre überhaupt keine Staatsverschuldung besaß und zum ersten Mal seit langem ein Haushaltsdefizit verzeichnen muss, welches voraussichtlich bis 2015 anhält, verdeutlicht die innenpolitische Brisanz der Situation, unter der die Regierung Rudd den australischen Haushalt zu beschließen hatte. Maßgeblich für das Defizit verantwortlich sind die umfangreichen Konjunktur-Stimuluspakete, mit denen die Regierung die Arbeitslosigkeit begrenzen und gezielt Investitionen zum Ausbau der Infrastruktur und Produktivität des Landes tätigen will. Mit der Neuverschuldung, durch welche der aktuelle Haushaltsplan finanziert wird und die scharfe Kritik von Seiten der Opposition hervorrief, sollen die Folgen der Wirtschaftskrise abgefedert werden. Die Verschuldung AUS liegt allerdings immer noch etwa siebenfach unter dem Durchschnitt der wichtigsten Industrieländer. Laut den zugrundeliegenden Prognosen soll das Defizit -kumuliert- bis

2012/13 mit 188 Mrd. AUD seinen Höhepunkt erreichen (13,6% des BIP) und 2015/16, also in sechs Jahren, bereits wieder ausgeglichen sein. Möglich werden soll das über eine reale Ausgabenbegrenzung von 2% jährlich und ein zügig anziehendes Wirtschaftswachstum (im Haushaltsjahr 2009/2010 noch -0,5%; 2011/12 dann 2,5%). Danach wird mit über 4% Wachstum pro Jahr gerechnet.

Der vorgelegte Haushalt hat ein Volumen von 338,2 Mrd. AUD (+4,25%). Besondere Betonung findet der als Kernstück bezeichnete und mit einer entsprechenden Ausgabensteigerung versehene Bereich der Infrastruktur. 22 Milliarden AUD hat die Regierung für einen sog. „Nation Building“-Fonds bereitgestellt, welcher unter anderem Investitionen in den Straßenbau, in Häfen, Straßenbahn- und U-Bahn-Systeme sowie Krankenhäuser vorsieht. Außerdem wurden die bereits vorgesehenen 4,5 Mrd. AUD Staatszuschuss für das nationale Breitbandnetzprojekt (gesamt 43,6 Mrd.) eingestellt. Ein deutlicher Ausgabenanstieg (63,8%) ist zudem im Bereich Bildung zu verzeichnen. Vor allem der tertiäre Bereich profitiert von Investitionen im Umfang von 2.2 Milliarden AUD, die vor allem für Forschung und Infrastruktur der Universitäten veranschlagt werden. Zusätzliche Mittel von 4,5 Mrd. AUD wurden zudem für eine "Klima- und Energieinitiative" bereitgestellt. Einsparungen sollen vor allem durch Abbau von Entlastungen für die Mittel- und Oberschicht vorgenommen werden und -dies ist die eigentliche Überraschung des Haushaltsentwurfs- mittelfristig bis 2023 die Lebensarbeitszeit auf 67 Jahre angehoben werden.

3. Struktur-/ Arbeitsmarktpolitik

Die erneuten Arbeitsmarktreformen, die kurz nach dem Regierungswechsel bereits mit der Einlösung eines zentralen Wahlkampfversprechens - der Abschaffung der erst Anfang 2006 unter PM Howard eingeführten sog. "Work Choices" - begann, wurde 2008 nun mit der Gesetzgebung zum neuen „Fair Work Australia“- System weitergeführt. Die Reform wird dann am 01. Januar 2010 in Kraft treten. Die "Fair Work"-Arbeitsrechtsgesetzgebung, die von der auch für Arbeitsbeziehungen zuständigen stellvertretenden PM'in Julia Gillard im Parlament eingebracht wurde, soll u.a. alle Angestellten vor sog. "unfairen Entlassungen" schützen und kollektive Lohnverhandlungen wieder als prinzipielles Instrument einführen. Außerdem umfaßt sie die bereits im Sommer '08 vorgestellten neuen zehn Mindeststandards für Arbeitsverträge, die die Basis für ein modernisiertes Vergütungssystem bilden sollen. Zudem soll eine neue, zentrale Behörde, Fair Work Australia, geschaffen werden, die die bisher sechs verschiedenen Institutionen zusammenfassen und für alle Aspekte des Arbeitsrechts und Dispute zuständig sein soll. Insgesamt sind die Mindeststandards als ausgewogen zu betrachten, da sie einerseits die durch "Work Choices" eingeschränkten Arbeitnehmerrechte wieder modernisieren, ohne andererseits den Unternehmen übertriebene Belastungen aufzubürden. So begrüßten Arbeitgeberverbände und Gewerkschaften im Wesentlichen die Änderungen. Während Arbeitgeber erhöhte Kosten wegen der gestärkten Macht der Gewerkschaften befürchten, gehen diesen teilweise die Änderungen -insbesondere beim Kündigungsschutz und den Zugangsrechten- nicht weit genug. Dennoch sind die meisten Gewerkschaften mit der grundsätzlichen Wiederherstellung ihrer als Funktion Hauptverhandlungspartner zufrieden.

Nachdem AUS seit längerem als einziges Industrieland ohne bezahlten Mutterschutz in der Kritik stand, wurde außerdem nun das Wahlversprechen eines bezahlten Mutterschaftsurlaubs in den australischen Haushalt aufgenommen. Aufgrund der Finanzkrise hat die Regierung die Einführung aber um ein Jahr verschoben und nun zugesagt, ab 2011

den bezahlten Erziehungsurlaub einzuführen. Mütter mit einem Einkommen unter 150,000 AUD bekommen für bis zu 18 Monate den gesetzlichen Mindestlohn von 543,78 AUD pro Woche. Insgesamt 731 Millionen AUD will die Regierung über die nächsten 5 Jahre für das Programm aufbringen.

5. Außenwirtschaftspolitik

Australien ist Mitglied der OECD, der WTO, des IWF, der Weltbank, der APEC, der IAEO und der IEA und sieht sich als Vorreiter des Freihandels. Es setzt sich weiter aktiv für einen erfolgreichen Abschluss der Doha-Runde ein, zuletzt wieder im aktuellen Abschlusskommuniqué der Cairns-Gruppe (Zusammenschluss wichtiger Agrarexportländer), das zu einer Wiederaufnahme der Verhandlungen aufruft. Der Schwerpunkt des hiesigen Interesses liegt bei den Verhandlungen im Bereich der Landwirtschaft. Insbesondere über die Cairns-Gruppe versucht Australien, einen Abbau der Agrarzölle und Exportsubventionen sowie weitere substanzielle Marktöffnung für seine Agrarprodukte, insbesondere in der EU, zu erreichen. In diesem Zusammenhang bereiten die von der EU und den USA wieder eingeführten Subventionen für die Milchwirtschaft große Sorge.

AUS unterstützt auch ausdrücklich die im Rahmen der G20+ beschlossenen Maßnahmen und begrüßt nicht zuletzt aufgrund seiner beanspruchten und in der Krise auch wahrgenommenen, wichtigeren Rolle als Mittelmacht die Aufwertung dieses Forums.

Ungeachtet multilateraler Bemühungen nehmen Verhandlungen über bilaterale Freihandelsabkommen (FTAs) einen wichtigen und wachsenden Anteil an der australischen Außenwirtschaftspolitik ein, wobei auch sicherheitspolitische Aspekte eine Rolle spielen. So wurde das u.a. gerade abgeschlossene ASEAN-AUS-NZL FTA (AANZFTA) als besonderer Erfolg gewertet. In fortgeschrittenem Stadium sind auch die FTA-Verhandlungen mit China, Japan und Korea. In Bezug auf den wichtigsten Handelspartner China sind derzeit geplante Investitionen CHN Staatsfirmen oder -fonds in AUS Schlüsselindustrien (z.B. Chinalco an Rio Tinto, Hunan an Fortescue oder bereits abgelehnt CHN Minmetals an OZ Minerals) Gegenstand öffentlicher Kontroverse.

Für Irritationen sorgte, dass die sog. „Luxury Car Tax“ (LCT), eine Sondersteuer auf Fahrzeuge mit einem Verkaufswert von mehr als 57.123 AUD zum 1. Juli 2008 deutlich erhöht wurde, nämlich von 25% auf 33%. Diese Erhöhung betrifft zwar nur 10% der Autoverkäufe, 90% davon sind jedoch importiert und die Hälfte davon wiederum aus D/EU-Staaten. Die Steuer wird daher vor allem Importeure treffen, darunter insbesondere auch deutsche Autohersteller wie Mercedes, Audi, Porsche, BMW und Volkswagen. Diese Entwicklung ist besonders enttäuschend im Hinblick darauf, dass bereits der alte Steuersatz von den EU-Mitgliedstaaten als nicht-tarifäres Handelshemmnis eingestuft und dessen Abschaffung gefordert wurde. Es hat nämlich den Anschein, dass dadurch indirekt die zunehmend unrentable eigene Autoindustrie geschützt werden soll. In Zusammenarbeit mit den Mitgliedsstaaten hat die hiesige EU-Delegation ein Market Access Team („Luxury Car Tax Working Group“) eingerichtet, das bereits eine Eingabe gemacht hat und den Fall weiter behandelt. Im Verhältnis zur EU laufen einige WTO-Handelsstreitverfahren. Sie betreffen die EU-Verordnung zum Schutz von geografischen Herkunftsbezeichnungen von Lebensmitteln, das EU-Vermarktungsverbot für gentechnisch veränderte Agrarprodukte, sowie Australiens strikte sanitäre und phytosanitäre Einfuhrbestimmungen (Quarantäneregime). In Australien herrscht aber ein ansonsten offenes und gutes Investitionsklima.

6. Umwelt- und Klimaschutzpolitik

6.1 Klimaschutz-Politik

Die Umwelt- und Klimaschutzpolitik nimmt bei der Regierung Rudd weiterhin eine wichtige Rolle ein, hierbei insbesondere die Vorbereitungen zur Einführung eines nationalen Emissionshandelssystems (ETS). Bereits im Wahlkampf hatte Labor einen Richtungswechsel in der Klimapolitik und damit eine Änderung der Haltung Australiens angekündigt. Es folgte dann auch direkt nach dem Wahlsieg die symbolische Unterzeichnung des Kyoto-Protokolls in Bali als erste Amtshandlung des neuen PM Rudd.

Allerdings tritt dieses Thema nun hinter die Sorge um den Erhalt von wirtschaftlicher Stabilität und Wachstum. In diesem Zusammenhang wurde auch nach wachsendem Druck aus Opposition und Industrie die Entscheidung getroffen, das Startdatum des geplanten ETS um ein Jahr auf 2011 zu verschieben und das Design abzuändern, um der AUS Wirtschaft nicht zu viel aufzubürden. Dafür wurde das nationale, maximale mittelfristige Reduktionsziel bei einem umfassenden Post-Kyoto-Abkommen auf 25% angehoben. Die geplante Ausgestaltung des geplanten ETS wurde bereits im Dezember 2008 in einem „White Paper“ bekannt gegeben und sah zunächst ein nationales Interimsziel von 5%-Reduktion alleine oder bis zu 15% bei einem internationalen Abkommen bis 2020 bezogen auf das Basisjahr 2000 vor. Als Langfristziel hält die Regierung weiter an 60% bis 2050 fest. Eine Gesetzesvorlage dazu wird z.Z. im Parlament beraten und soll dann nach Regierungsplänen Grundlage für die Verhandlungen in Kopenhagen sein. Nach erneuter Ablehnung auch dieses Vorschlags durch die zu diesem Thema intern zerstrittene Opposition (sie fordert nun, auch die Gesetzgebung mindestens bis nach dem Kopenhagen-Gipfel zu verschieben), ist deren erforderliche Zustimmung im Senat derzeit eher unwahrscheinlich. Die alternativ für eine Mehrheit im Senat notwendigen Grünen fordern demgegenüber ein Mindestziel von 25% und 40% bei einem internationalen Abkommen, um ihre Unterstützung zu gewähren. Diese Pattsituation im Senat könnte aktuellen Spekulationen zu Folge im weiteren Verlauf sogar zu vorgezogenen Neuwahlen (sog. Doppelauflösung beider Parlamentshäuser) führen.

Die Regierung Rudd steht der Förderung erneuerbarer Energien aufgeschlossen gegenüber und unterstützt diese auch im Rahmen des aktuellen Konjunkturpakets mit einem eigenen Fonds. Damit verknüpft ist die Festlegung eines Anteils erneuerbarer Energien (ohne Clean Coal) am Energiemix von 20% bis 2020 und Fonds von jeweils AUD 500 Mio. (gut 300 Mio. Euro) für Forschung und Entwicklung in diesem Bereich sowie von Clean Coal Technologien. Außerdem gibt es verschiedene Förderungsprogramme für Solaranlagen, Energieeffizienz und Wohnraumisolation. Dafür wurden im aktuellen Haushalt 3,4 Milliarden AUD über fünf Jahre veranschlagt. Es bleibt jedoch unklar, wie das ehrgeizige Ziel erreicht werden soll, 20% des Energiebedarfs bis 2020 aus erneuerbaren Energien zu decken (zur Zeit unter 10%). Nach langem DEU Werben kündigte darüberhinaus PM Rudd am 17. Mai den Beitritt AUS zu IRENA an.

Die AUS Regierung bemühte sich ihrerseits um internationale Unterstützung für ihre neue Initiative zur Schaffung eines Globalen Instituts für die Entwicklung von CCS-Technologien. Mit internationaler Kooperation sollen Forschung und Entwicklung sowie gesetzliche Rahmenbedingungen im Bereich CCS gefördert werden. AUS stellt den Sitz für die Institution in Canberra sowie eine Förderung von 100 Mio. AUD (etwa 60 Mio. Euro) jährlich zur Verfügung. PM Rudd eröffnete am 16./17. April die Gründungskonferenz für die Gründung

des Instituts, an der sich 16 Staaten und etwa 60 Firmen beteiligten. DEU hat sich mit Einschränkungen zu einer Gründungsmitgliedschaft für das Globale CCS-Institut bereit erklärt und ein MoU dazu unterzeichnet. Für die EU-KOM hat dies im Mai Energiekommissar Piebalgs bei seinem AUS-Besuch getan.

Trotz ihres Bekenntnisses zum Klimaschutz bleibt die Labor-Regierung im Umweltbereich bisher hinter den Erwartungen zurück. Zahlreichen mittelständischen Unternehmen z.B. wurden durch mehrfache, kurzfristige Änderungen bei der Subventionsvergabe für Photovoltaikanlagen die Geschäftsgrundlage entzogen, was bei Unternehmen und Investoren zu größter Verunsicherung führt. Dieses Vorgehen weckt Zweifel an der Glaubwürdigkeit der Klimapolitik und die konsequente, auch mit höheren Kosten verbundene Einführung eines ETS bleibt abzuwarten. Das erhoffte deutliche Zeichen für eine Trendwende hin zur Nutzung erneuerbaren Energien ist bisher größtenteils ausgeblieben.

6.2 Umweltschutz/Nationaler Wasserplan

Ein besonders akutes Umweltproblem stellt die extreme Trockenheit dar, die insbesondere 2007 große Teile Australiens erfasst und negative wirtschaftliche Folgen für die Landwirtschaft sowie die gesamte Volkswirtschaft hatte. Besonders betroffen in Folge davon ist das Murray-Darling Becken, ein Gebiet von etwa der doppelten Größe Deutschlands, in dem sich mehr als 40% aller landwirtschaftlichen Betriebe befinden, das 75% der künstlich bewässerten Anbauflächen des Landes umfasst und in dem rund 70% der gesamten Bewässerungsmenge verbraucht wird. Dieses auch für die Trinkwasserversorgung mehrerer Großstädte (u.a. Melbourne, Adelaide) kritische Wassersystem droht nun auszutrocknen bzw. zu versalzen. In einer Notaktion versucht die Bundesregierung nun, durch zentrale Regulierung widerstrebende Interessen von landwirtschaftlichen Nutzern, städtischer Trinkwasserversorgung und Umweltschutz unter einen Hut zu bringen. Konkurrierende Länderinteressen der betroffenen Bundesstaaten (NSW, SA und Victoria) sind ein zusätzliches Erschwernis. Kernpunkte dieses „National Plan for Water Security“ sind die Übertragung der Regelungskompetenzen von den Bundesstaaten auf die Ebene der Bundesregierung und Wasserrückkäufe. Aktuelle Studien, die vor einem Austrocknen und Absterben des Beckens warnen, unterstreichen den dringenden Handlungsbedarf.

Wirtschaftsdatenblatt AUS zum JWB 2008¹

Bevölkerung	2007	2008
Einwohnerzahl (in Mio.)	21,1	21,5

Währung (verwendeter Wechselkurs)	2007	2008
jew. Jahresdurchschnitt	1 Euro = 1,65 AUD	1 Euro = 1,80 AUD

Bruttoinlandsprodukt (BIP)	2007	2008
zu aktuellen Preisen (in Mrd. Euro)	605	790
Euro/pro Kopf	28.756	29.153
Wachstum in %	3,9	0,3

Inflationsrate	2007	2008
ggü. Vorjahr in %	4,5	3,7

Arbeitslosenquote	2007	2008
Saisonbereinigt in %	4,0	4,5

Staatshaushalt (Haushaltsjahr)	2008/9	2009/10
Volumen (in Mrd. Euro)	177,3	187,9
Staatshaushalt in % des BIP	29	34
Haushaltsüberschuss (in Mrd. Euro)	13,2	- 30,0
Haushaltsüberschuss in % des BIP	1,8	- 4,9

Außenhandel (Mrd. Euro)		
Handelssbilanz	2007	2008
Exporte	102	123,6
Importe	114	125,5
Leistungsbilanzsaldo („Current Account Balance“)	-44	-33
in % des BIP	6,3	4,2

Außenverschuldung	2008	in % des BIP
„Net Foreign Debt“ (in Mrd. Euro)		53

Bilateraler Handel (in Mio. Euro)/Dt. Statistik	2007	2008
Ausfuhren (deutsche Exporte nach AUS)	5807	6623,6
Einfuhren (deutsche Importe aus AUS)	1718	1959,1
Rang für AUS 2008 (Handelsvolumen Rang 10)	Export: 23	Import: 5

¹ Datenquelle: ABS – Australische Statistik